

12. Jahrestagung des Forum Junge Staats-, Verwaltungs- und Policy-Forschung (FoJuS)

Abstract: Barrierefreiheit im Um- und Neubau als wohnungspolitisches Problemfeld. Die Rolle der Ministerialverwaltung in Agenda-Setting und Politikformulierung auf Länderebene

Das dem Beitrag zugrundeliegende Dissertationsvorhaben stellt die Barrierefreiheit als wohnungspolitische Aufgabe ins Zentrum der Betrachtung. Während dieses Thema für Menschen mit körperlicher Einschränkung ohnehin wichtig ist, steigt der gesamtgesellschaftliche Problemdruck durch die Alterung der Gesellschaft. Gleichzeitig ist der Wohnungsmarkt kein streng reguliertes Politikfeld, so dass erstens die generelle Rolle der Politik zu diskutieren ist und zweitens Verwaltungen und Verbände (als speziellere wohnungspolitische Akteure) im Mittelpunkt der Analyse stehen.

Im föderalen Mehrebenensystem sind die Bundesländer zuständig für dieses Politikfeld. Deshalb soll in einem ersten Schritt geprüft werden, welche Policies sich in welcher Intensität in den 16 Ländern entwickelt haben (Stichwörter: soziale Wohnraumförderung, Landesbauordnungen, Landesförderprogramme). Einerseits ist anzunehmen, dass je nach demografischem Druck, finanziellem Handlungsspielraum, aber auch in Abhängigkeit von politischen Faktoren (bspw. Parteidifferenz), unterschiedliche Cluster identifiziert werden. Andererseits wäre möglich, dass die eher evolutionäre Entwicklung eines neuen, sich nach und nach angleichenden Sub-Politikfelds stattfindet.

Je nach Abhängigkeit zur vorgefundenen Varianz wird im anschließenden analytischen Teil des Dissertationsvorhabens mittels zwei bis drei Fallstudien (voraussichtlich: Sachsen-Anhalt, Hessen, Niedersachsen) geprüft, welche Faktoren Erklärungskraft besitzen. Dies geschieht im Rahmen einer Politikfeldanalyse mithilfe des Ansatzes eigendynamischer politischer Prozesse (AEP) nach Böcher und Töller. Dieser akteursorientierte Ansatz bezieht neben Institutionen, situativen Aspekten und Problemstrukturen auch Policy-Alternativen explizit mit ein und bietet deshalb eine Möglichkeit, auch die Wirkung unterschiedlicher Typen von Policies (regulativ, (re)distributiv, ...) in der Analyse zu berücksichtigen.

Folgende Aspekte werden deduktiv als zentrale Erklärungsfaktoren hergeleitet: Die Rolle von

- 1) Vertikalem und horizontalem Föderalismus (Stichwort Politikverflechtung, Wettbewerbsföderalismus und Diffusion von Policies)
- 2) Korporatismus: Einfluss von Verbänden (Wohnungswirtschaft, Eigentümer/innen, Senioren/innen, Menschen mit Behinderung)
- 3) Rolle der Ministerialverwaltung (innerhalb eines Landes, aber auch zwischen den Ländern)

Im Policy Cycle setzt diese Arbeit in den frühen Phasen von Problemdefinition, Agenda Setting und Policy Formulierung an. Insbesondere in einem „low politics“-Feld ohne große öffentliche Aufmerksamkeit ist zu vermuten, dass Akteure der Verwaltung ein größeres Gewicht bei der Zuarbeit zu und Formulierung von Gesetzesvorhaben bekommen (Stichwort inside vs. outside Agenda Setting). Akteure der Ministerialverwaltung bekommen mutmaßlich sowohl Input durch ihre zuständigen Minister*innen u.a. Vorgesetzte, als auch durch organisierte Interessen im

entsprechenden Politikfeld. Von der frühen ideengeschichtlichen Vorstellung einer unpolitischen Verwaltung wird dabei Abstand genommen. Dahingegen ist zu klären, inwieweit die Ministerialverwaltung als Landesebene eher dem Verwaltungsverständnis der Bundes- oder der Kommunalpolitik entspricht.